Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11013**

18. Wahlperiode 26.01.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Dr. Julia Verlinden, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/8877 –

Weichen für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft stellen – Chancen des Klimaschutzes nutzen

A. Problem

Forderung an die Bundesregierung, Klimapolitik und wirtschaftliche Entwicklung nicht als Gegensätze zu betrachten und stattdessen mit Hilfe des Klimaschutzes Zukunftsmärkte zu erschließen, Arbeitsplätze zu sichern und den Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken. Forderung, mit Hilfe eines Klimaschutzplanes den Strukturwandel voranzutreiben und noch in dieser Legislaturperiode die Weichen zu stellen, um im Jahr 2050 mittels Dekarbonisierung weitgehend emissionsfrei zu sein. Forderung, den Klimaschutzplan in Form eines Klimaschutzgesetzes rechtlich verbindlich zu machen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/8877 abzulehnen.

Berlin, den 18. Januar 2017

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Nina Scheer
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Nina Scheer

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/8877** wurde in der 179. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. Juni 2016 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes den Klimaschutz rechtlich verbindlich zu verankern und jährliche Minderungsziele für die unterschiedlichen Emissionssektoren festzulegen sowie deren Einhaltung zu überwachen. Dazu sind unter anderem folgende Eckpunkte zur Unterstützung des ökologischen Strukturwandels der Wirtschaft aufzunehmen:

- langfristige Planungssicherheit im Hinblick auf kostenträchtige Investitionsvorhaben;
- nachhaltige Ausrichtung der Finanzmärkte;
- Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien und Schaffung verlässlicher Investitionsbedingungen für Wind-, Solar- und Bioenergie;
- Vollzug des Kohleausstiegs in den nächsten zwei Jahrzehnten;
- Beschleunigung der Energiewende im Wärmesektor;
- Ausbau der Nahwärmenetze und Öffnung der Wärmenetze für die Einspeisung grüner Wärme aus erneuerbaren Energien und anderen Quellen wie industrieller Abwärme oder hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung;
- Reform des europäischen Emissionshandels und Einführung eines nationalen Mindestpreises bis zur Einführung eines europäischen Mindestpreises für CO_2;
- Abbau umweltschädlicher Subventionen und Beschränkung der Ausnahmen bei der Energiesteuer, der Besonderen Ausgleichsregelung und den Netzentgelten auf die Branchen, in denen tatsächlich Nachteile im internationalen Wettbewerb entstehen;
- Auflegung eines Anreizprogramms zur Substitution von fossilen Rohstoffen;
- Beschluss über ein Förderprogramm für investive Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung und Kreislaufwirtschaft in gewerblichen und industriellen Produktionsprozessen sowie Gewerbegebieten (Zero Emission Parks);
- Ausweitung von Ökodesign-Standards auf weitere industrielle Querschnittstechnologien;
- Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor in den nächsten zwei Jahrzehnten im Straßenverkehr und Förderung der Elektromobilität.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 18/8877 in seiner 74. Sitzung am 18. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 18/8877 in seiner 90. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/8877 in seiner 98. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Zu der öffentlichen Anhörung, die in der 92. Sitzung am 19. Oktober 2016 stattfand, haben die Anhörungsteilnehmer Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Esther Chrischilles, Institut der deutschen Wirtschaft e.V. (IW Köln)

Dr. Carsten Rolle, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

Prof. Dr. Justus Haucap, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE)

Hubert Weiger, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Prof. Dr. Holger Rogall, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)

Dr. Harry Lehmann, Umweltbundesamt

Sabine Nallinger, Stiftung 2° - Deutsche Unternehmer für Klimaschutz

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatung eingegangen. Das Protokoll sowie die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/8877 in seiner 100. Sitzung am 18. Januar 2017 abschließend beraten.

Die antragstellende Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, in der öffentlichen Anhörung zum Klimaschutzplan habe unter den Expertinnen und Experten darin Einigkeit bestanden, dass klare Vorgaben notwendig seien und man Planungssicherheit benötige. Die Fraktion vermisse allerdings solche Vorgaben in Form klarer Sektorziele und die damit verbundenen konkreten Maßnahmen. Dies betreffe insbesondere den Energiebereich, wo ein verbindlicher Fahrplan zum Ausstieg aus den fossilen Energien fehle. Der Antrag fordere deshalb einen einhundertprozentigen Einstieg in die erneuerbaren Energien. Im Lichte der G20-Präsidentschaft sei es notwendig zu betonen, dass die ökologische Modernisierung der Wirtschaft auch ökonomischen Interessen diene.

Die Fraktion der **CDU/CSU** stellte klar, dass sie die Absicht der Bundesregierung, die G20-Präsidentschaft zu nutzen, um die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit in besonderer Weise in den Mittelpunkt zu stellen, unterstütze. Damit werde auch an die Ergebnisse der G7-Konferenz von Elmau angeknüpft. Die von der antragstellenden Fraktion geforderten Minderungsziele seien zu kleinteilig. Es komme darauf an, den Pfad vorzugeben und dabei technologie- und innovationsoffen zu sein. Im Bereich der Elektromobilität seien ebenfalls Fortschritte nötig, es sei jedoch der falsche Weg, Verbrennungsmotoren zu verbieten und alternative Angebote geringzuschätzen. Es gehe um vernünftige Anreize und Technologieoffenheit.

Die Fraktion der **SPD** hob hervor, dass es beim Klimaschutz Handlungsbedarf gebe, der von allen Fraktionen gesehen werde. Man sei sich einig, dass die Ausbauzahlen nach oben korrigiert werden müssten. Die Fraktion lehne den Antrag dennoch ab, da dieser Maßnahmen fordere, die bereits von der Bundesregierung vollzogen worden seien. Auch das noch in dieser Legislaturperiode zu verabschiedende Gebäude-Energie-Gesetz werde einige der geforderten Maßnahmen aufgreifen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Fraktion **DIE LINKE.** äußerte die Befürchtung, dass die Messlatte aus dem Pariser Klimavertrag, die von einer Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad ausgehe, gerissen werde. Nach Paris könne es kein „Weiter so“ geben. Dass die SPD dem Antrag nicht zustimmen könne, weil jetzt ein Klimaschutzplan der Bundesregierung existiere, dürfe nicht die letzte Antwort sein. Die Wirtschaft benötige klare Signale aus der Politik, wohin der Weg führe. Dies sei auch im Sinne der Beschäftigten, die von der Transformation betroffen seien. Angezeigt seien klare Ausstiegsdaten anstelle eines kalten Strukturwandels.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/8877 zu empfehlen.

Berlin, den 18. Januar 2017

Dr. Nina Scheer
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.